

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Er erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verwaltung: Drag II, Nebojska 15 • Zlreb. 20703, 31409, Rašínova. (ab 21 Uhr): 33536 • Dohliedam: 37544

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

12. Jahrgang.

Dienstag, 30. August 1932

Nr. 204.

Drittes Reich? — Reich der Reichen!

Papen kündigt die Diktatur an.

Kein Eingriff in das Privateigentum, aber Senkung der Löhne. Steuergeschenke an die Kapitalisten.

Münster, 28. August. Auf einer außerordentlichen Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins hielt heute Reichkanzler von Papen in Münster seine mit Spannung erwartete Rede über die wirtschaftlichen Pläne der Reichsregierung. Der Reichkanzler sprach in der dichtgedrängten Versammlung in der Stadthalle von Münster und in einer ebenfalls überfüllten Parallelversammlung im Stadttheater. Die Rede — die auch über die deutschen Sender lief — wurde durch Rundfunk übertragen. Der Reichkanzler führte etwa folgendes aus:

„Weder revolutionär noch reaktionär.“

Sie, die westfälischen Bauern, und ich, wir sind keine Revolutionäre, und wir sind nicht reaktionär. Wir erkennen an, daß wir dienende Glieder einer von Gott gegebenen Ordnung sind. Das nenne ich konservative Gesinnung. Die Pflege christlicher Erziehung in Familie und Schule muß deshalb am Anfang einer jeden Staatspolitik stehen. Der konservative Mensch unterwirft sich gläubig den bleibenden Ordnungen des natürlichen Seins, wie sie in der Familie, im Volk und im Staate gegeben sind. Kultur und Wirtschaft stehen in gleichem Maße unter dem ewigen Gesetz der Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Wirtschaft, sei es in privater, sei es in öffentlicher Verantwortung, soll deshalb nicht dem Eigennutz, sondern dem Gemeinnutz dienen.

Recht und „Rechtsstaat“.

Konservative Gesinnung fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität gegründet ist. Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann und alle Ordnung in der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft an ihr einen festen Halt gewinnen kann. Den Urteilen in Eil und Weihen ist von rechts und von links ein Sturm gegenüber der gleichmäßigen Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampfe soll Totschlag und Rache erlaubt, soll der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird.

Gegen Hitler.

Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreussische Grundgesetz geformt ist: „Jedem das Seine.“ Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Fesseln einordnet.

Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsregierung. Ich strebe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fährten folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Feind zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine Ordnung in der Staatsführung eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Willkür seiner Anhänger im Kampfe gegen Reichsregierung, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigeführt haben.

Die Regierung hat vom ersten Tage an das Ziel verfolgt, der großen vaterländischen Freiheitsbewegung, deren historische Verdienste um Deutschland jedermann anerkennen muß, den Weg zur politischen Mitarbeit am Neubaue des Reiches frei zu machen. Ich kann nicht glauben, daß diese große deutsche Freiheitsbewegung sich auf die Dauer in bewußtem schroffen Gegensatz zu den Zielen einer Regierung stellen wird, deren Gedanken nur aus-

schließlich auf Deutschlands Zukunft gerichtet sind. Die Anerkennung des gleichen Rechtes, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen. Ich bin fest entschlossen, die schwebende Waage des Bürgerkrieges auszutreten und den Zustand politischer Unruhe und politischer Gewalttaten zu beenden, der heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit ist, in der die einzige Aufgabe des Staates liegt.

Einfuhr und Währung.

Die Reichsregierung hat es schon oft ausgesprochen, daß die verständnisvolle Förderung des Binnenmarktes die erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft bedeutet. Sie lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie ab. Ich kann aber versichern, daß sich die Reichsregierung grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer weiteren nachvollziehbaren Regelung der Einfuhr bekennt.

Unsere Währung darf nicht gefährdet werden. Betreu den Grundsätzen konservativer Staatsführung nehmen wir die Verhältnisse, wie sie heute sind, um durch ein organisches Programm die in unserem Wirtschaftsleben noch lebendigen Kräfte neu zu stärken.

Für den privaten Unternehmer

Die wertvollste dieser Kräfte ist die persönliche private Initiative. Die Stärkung der persönlichen Energie und die Entwicklung der persönlichen Leistungsfähigkeit, die Steigerung des Gefühls der eigenen Verantwortung — das sind die geistigen Mittel, mit denen die Privatwirtschaft auch in Zukunft imstande sein muß, die menschlichen Bedürfnisse, vielleicht besser als jedes andere Wirtschaftssystem, das uns empfohlen wird, zu befriedigen. Aus dieser Ueberzeugung heraus lehnt die Reichsregierung insoweit alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. Durch die Befestigung der Reparationen ist die erste Voraussetzung für die Belebung der wirtschaftlichen Initiative gegeben.

Arbeitslosigkeit und Krisenende.

Deutschlands zentrales Problem ist die Arbeitslosigkeit. Notstandsmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung sind schon im Gange, z. B. auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Wasserwirtschaft, der landwirtschaftlichen Melioration und der Hausreparatur. Insgesamt sind für diese Zwecke bisher 135 Millionen bereitgestellt. Der freiwillige Arbeitsdienst, dem zur Zeit etwa 200.000 Jugendliche angehören, wächst von selbst. Außerdem sind Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der landwirt-

schaftlichen Ziedlung, der vorstädtischen Klein- siedlung, des Wohnungsbaues und der Hausreparatur in Aussicht genommen.

Demnach sind wir uns vollkommen klar darüber, daß es niemals gelingen wird, auf diesem Wege allein das wünschenswerte Ausmaß der Arbeitslosenminderung zu erreichen.

Die Regierung ist daher entschlossen, in großem Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften zu gelangen.

Das kann aber nur geschehen, wenn die Hilfe nicht von einer Seite her, etwa von der Industrie, oder von der Landwirtschaft allein, versucht wird, sondern wenn überall gleichzeitig geholfen wird. Wir gehen bei unseren Ueberlegungen davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Anzeichen darauf hindeuten, daß das letzte Stück des Weges, der uns zum tiefsten Punkt der Krise führte, von dem auch der Wiederaufstieg beginnen kann, nunmehr zurückgelegt ist. In einem solchen Zeitpunkt ist es berechtigt, weitreichende Maßnahmen vorzunehmen, als es in einem früheren Zeitpunkt der Krise möglich gewesen wäre.

2 Milliarden für Arbeitsbeschaffung.

Deutschlands gesamter Produktionsapparat muß zunächst einmal instandgesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen. Heute ist der Zustand vieler unserer Produktionsstätten so schlecht, daß völliger Verfall droht. Wir haben in den letzten Jahren Geld für die nötigen Reparaturen nicht aufwenden können; wir haben nur von der Hand in den Mund gelebt und leben können. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen aufgetan, der in die Milliarden geht. Es muß der erste Schritt sein, daß die gesamte Wirtschaft die Mittel erhält, um dieses Verfallnis nachzuholen. Das ist dann gleichzeitig auch der erste Schritt der Neubelebung: Dadurch wird eine Neueinstellung von Arbeitern in größerem Umfange möglich sein, und es werden gerade die mittlere und kleinere Betriebe, deren ureigenste Domäne die Ausführung derartiger Arbeiten darstellt, als erste von der Belebung Nutzen ziehen.

Von diesem Punkte aus soll der Versuch gemacht werden, den Wirtschaftsprozess in größerem Umfange zu beleben. Der Erfolg, der für diesen Zweck zu machen ist, muß genügend groß gewählt werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt. Er wird sich auf eine Summe von mehr als 2 Milliarden Mark belaufen, und zwar über diejenige Summe hinaus, die für

(Fortsetzung auf Seite 2)

Die Diktatur des Geldsacks.

Heute tritt der vielleicht letzte auf Grund der Weimarer Verfassung gewählte deutsche Reichstag zusammen. Das Dunkel, das in den letzten Tagen über der Zukunft Deutschlands ausgebreitet ward, beginnt sich aufzuhellen: die parlamentarische Regierungsform gehört im Deutschen Reiche vorläufig der Vergangenheit an, der Reichstag wird nach Hause geschickt, aufgelöst werden, die Regierung Papen, ermöglicht durch das Sakentanz, berufen durch den Willen des Reichspräsidenten, gestützt auf die Reichswehr, wird ohne Rücksicht auf den in den Wahlen kundgegebenen Willen des deutschen Volkes regieren oder besser gesagt diktieren.

Schon formell spricht der Reichkanzler dem Reichstag seine Mißachtung aus, indem er nicht vor den gewählten Repräsentanten des Volkes sein Programm entwickelt, sondern gleichsam abseits, in einer kleinen Stadt, vor den Vertretern einer provinziellen Landesorganisation darlegt, wie die Regierung in die Gestaltung der deutschen Zukunft, die selten in der Geschichte so düster erschien wie heute, eingreifen wird.

Jede Maßnahme der herrschenden Klasse, mag sie noch so brutal sein, bedarf irgend einer weltanschaulichen Rechtfertigung. Der Herr Papen bemerkt darum mit frommem Augenaufschlag, „daß der Mensch die letzten Dinge in der Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann“, welche philosophische Resignation nichts anderes bezweckt, um die „von Gott gegebene“, nämlich kapitalistische Ordnung zu verteidigen. Der Kapitalismus bricht zusammen, daß das Krachen auch vom Schwerhörigsten vernommen wird — dennoch werden „alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft“ abgelehnt. Der Profit vor allem muß gesichert werden und dazu wird sogar die Religion strapaziert. Die fromme Gesinnung des Herrn Papen haben auch schon die Försen von Berlin und Prag mit einem Steigen der Aktienkurve beantwortet. Wo man fromm ist, laß dich ruhig nieder... so denken die Kuhnicker der heutigen Wirtschaftsordnung!

Die Rettung des deutschen Kapitalismus, zu der dieser neue Kreuzritter auszieht, soll durchaus auf Kosten des deutschen Arbeiters erfolgen. Das sagt Herr Papen rund heraus. Die Tariflöhne sollen um so mehr ermäßigt werden können, je mehr Arbeiter der Unternehmer einstellt, d. h. je mehr die Möglichkeit für das deutsche Kapital besteht, wieder ausgiebig zu verdienen, umso weniger Lohn soll der Arbeiter bekommen. Die Tarifverträge sind zu „starr“ und nehmen „auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitnehmergruppen keine Rücksicht“, diesen besonderen Verhältnissen will man durch ausgiebige Lohnherabsetzungen Rechnung tragen. Bisher haben die deutschen Arbeiter für die Reparationen fronden müssen, ihre nationale Befreiung besteht nun darin, daß sie der völligen Sklaverei der deutschen Schwerindustrie und preussischen Junkler ausgeliefert werden. Heil Hitler, der ihnen solches beschert hat!

Der Herr Papen tut das natürlich nur deswegen, um den Millionen Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen, um die deutsche Wirtschaft „anzukurbeln“. Wie will er das zustandebringen? Ganz einfach: Er schenkt den deutschen Kapitalisten einen Teil der Staatseinnahmen der nächsten Jahre. Für gewisse Steuern, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 1. Oktober 1933 gezahlt werden, werden Steueranrechnungsscheine ausgegeben, mit

Heute Reichstags-Eröffnung.

Unter dem Vorsitz Klara Zetkin.

Berlin, 29. August. Zur morgigen Eröffnungssitzung des Reichstages sind, wie die Reichstagsverwaltung mitteilt, sämtliche Tribünenarten ausgegeben. Auch an sämtlichen Kartenausgabestellen des Reichstages werden morgen keine Karten mehr zu haben sein. Im übrigen sind für die morgige Reichstagsitzung die an großen Parlamentstagen üblichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Inzwischen hat die gegenseitige Zühlungnahme der Nationalsozialisten und des Zentrums für den Reichstag nur so viel ergeben, daß die Nationalsozialisten sich gegenüber dem Alterspräsidenten der Kommunistin Klara Zetkin höchstwahrscheinlich mit einer Protesterklärung begnügen und ihren Ausführungen im Reichstag nicht beiwohnen werden, woraus dann nach Erledigung der Formalitäten tunlichst noch morgen nachmittags eine zweite Sitzung zur Wahl des Präsidiums abgehalten werden soll. Den Reichstagspräsidenten werden die Nationalsozialisten stellen, einen der Vizepräsidenten das Zentrum. Die Nationalsozialisten präsentieren wahrschein-

lich den Abgeordneten Stöhr, das Zentrum den Abgeordneten Esser. Das Reichstagspräsidium soll dann bei der Reichsregierung und beim Reichspräsidenten offiziell vorstellig werden, um über die Stimmung und die Koalitionsmöglichkeiten im Reichstag Mitteilung zu machen und zum Ausdruck zu bringen, daß ein Grund für die Auflösung des gegenwärtig gewählten Reichstags nicht bestehe.

Es ist beabsichtigt, bereits morgen das Präsidium zu wählen. Der Gedanke scheint von den Nationalsozialisten auszugehen. Auch das Zentrum ist damit einverstanden. Der Sinn des etwas überraschenden Planes, die Wahl zu beschleunigen, liegt darin, daß man dem Reichspräsidenten die Arbeitsfähigkeit des Reichstages demonstrieren will. Man spricht davon, daß das Ergebnis der Wahl sofort nach Mitternacht mitgeteilt und daß gleichzeitig um den üblichen Empfang nachgesucht werden soll. Deshalb werden auch heute abend noch Besprechungen sein, um einen glatten Verlauf der morgigen Wahlen sicherzustellen.

